

Archiv - 06.07.2010

NICHTRAUCHERSCHUTZ - DER BÜRGERENTSCHIED IN BAYERN BEFEUERT DIE DISKUSSION UM EIN BUNDESWEITES RAUCHVERBOT. WARUM EIN ERSTER ANLAUF VOR VIER JAHREN SCHEITERTE UND SICH NICHT ALLE THEMEN FÜR VOLKSABSTIMMUNGEN EIGNEN.

Die Zigaretten-Hauptstadt

Von Jan Thomsen

BERLIN. Johannes Spatz hat einen klaren Verdacht: "Berlin", sagt der vermutlich eifrigste Nichtraucher-Aktivist der Region, "Berlin ist nicht nur die

BERLIN. Johannes Spatz hat einen klaren Verdacht: "Berlin", sagt der vermutlich eifrigste Nichtraucher-Aktivist der Region, "Berlin ist nicht nur die Hauptstadt der Raucher, sondern auch die Hauptstadt der Zigarettenproduktion." Tatsächlich liegt die größte deutsche Fabrik, betrieben vom größten Tabakkonzern, Philip Morris, in Neukölln, jenem Bezirk, der sonst nur durch Probleme infolge gescheiterter Integration Schlagzeilen macht. Für Spatz steht fest: Der Nichtraucherschutz in Berlin fällt weniger strikt aus, als ihn sich Gesundheitsexperten wünschen, weil die Berliner Politiker die Tabakindustrie stützen. Richtig daran ist in jedem Fall, dass Gesundheitssenatorin Katrin Lompscher (Linke) ein schärferes Nichtrauchergesetz wollte, als sie in der rot-roten Koalition durchsetzen konnte. "Das Gesetz ist ein Kompromiss, wir haben uns mehr vorgestellt", sagt Lompschers Sprecherin Marie Luise Dittmar. In Berlin ist seit Ende Mai 2009 das Rauchen in öffentlichen Einrichtungen und Gaststätten verboten - allerdings, ausgelöst durch das Verfassungsgerichtsurteil von 2008, mit Ausnahmen: Große Gaststätten dürfen abgetrennte Raucherräume einrichten. Zugleich gibt es stadtweit 636 sogenannte Rauchergaststätten, die berühmten "Eckkneipen", mit nur einem Raum von höchstens 75 Quadratmetern, ohne eigene Küche, und Zutritt nur für mindestens 18-Jährige. "So viel Nichtraucherschutz gab es noch nie in Berlin", lobt Behördensprecherin Dittmar die eigene Landesregelung - und kritisiert zugleich den Bund. Er habe es versäumt, über das Arbeitsstättengesetz ein komplettes Rauchverbot in der Gastronomie einzuführen. Für eine Bundesratsinitiative sehe man dennoch keinen Handlungsbedarf. "Sollte es aber nach dem Volksentscheid in Bayern ähnliche Initiativen in Berlin geben, sind wir froh." Diese Freude darf nun schon mal einsetzen, denn Johannes Spatz vom Forum Rauchfrei kündigt bereits eine Volksinitiative an: Noch in diesem Jahr will er beginnen, 20 000 Unterschriften zu sammeln, um das Abgeordnetenhaus zu zwingen, sich noch einmal mit dem Nichtraucherschutz zu befassen. Denn das Verbot in Berlin, sagt Spatz, werde allenthalben unterlaufen, Kontrollen gebe es kaum. ----- "So viel Nichtraucherschutz gab es noch nie." Marie Luise Dittmar, Sprecherin der Gesundheitssenatorin

Artikel URL: <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/nichtraucherschutz---der-buergerentscheid-in-bayern-befeuert-die-diskussion-um-ein-bundesweites-rauchverbot--warum-ein-erster-anlauf-vor-vier-jahren-scheiterte-und-sich-nicht-alle-themen-fuer-volksabstimmungen-eignen--die-zigaretten-hauptstadt,10810590,10728158.html>

Copyright © 2015 Berliner Zeitung